

Für mehr Bilder im Kopf

Bundesrätin Leuthard startet Grundsatzdebatte für die Schweiz

gvm. · Die Bürger kranken daran, keine Vorstellung mehr davon zu haben, was für eine Schweiz sie in Zukunft haben wollten. Das sagte Bundesrätin Doris Leuthard am Donnerstagabend an einer Veranstaltung der Zürcher Volkswirtschaftlichen Gesellschaft. Vielleicht begründet die Tatsache, dass die Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) mittlerweile die Amtsälteste im siebenköpfigen Gremium ist, weshalb sie die Gesamtsicht der Bürger und des Parlaments vermisst. Es sei Zeit für eine Grundsatzdebatte, konstatierte die Magistratin. Angesichts der Fülle von Volksinitiativen und des regulatorischem Drucks aus dem Ausland kämen die grundlegenden Themen zu kurz.

Ideenwettbewerb

Die um eine Idee nie verlegene Politikerin hatte auch gleich ein Rezept zur Hand, wie diesem Manko begegnet werden kann. Wenige Stunden zuvor hatte sie einen - laut Aussage vor wenigen Monaten mit ihrem Kader ausgeheckten - Ideenwettbewerb lanciert, für den die Absolventen von fünf Fachhochschulen eingeladen werden, ihre Sichtweise darzulegen, wie sie die Schweiz im Jahre 2035 sehen. Es brauche konkrete Bilder im Kopf, was dies für einen kleinen, wohlhabenden Staat bedeute, sagte Leuthard. Mit einer visualisierten Kampagne sollen die jungen Bürger angesprochen werden, die keine Zeitungen mehr lesen und sich keine Nachrichten am Fernsehen mehr ansehen. Es brauche neue Kanäle der Informationsvermittlung, um die Bürger zu erreichen, die in zwanzig Jahren die Geschicke des Landes bestimmen. Der Blick in den gut besetzten Vortragssaal bestätigte der Bundesrätin, dass damit weniger diese Art und Weise der Informationsvermittlung gemeint war. Die Zielgruppe der 20-Jährigen fehlte.

Tour d'Horizon

Das für einen Uvek-Vorsteher stets Löbliche ist die Vielfalt der von ihm zu verantwortenden Bereiche. Für einen Anlass, bei dem es nicht um die Placierung strategischer Kampagnen ging, bot er sich geradezu dafür an, alle grossen Themen anzusprechen, ohne konkret zu werden. Der Bundesrat versuche, grosse Reformen anzupacken, sagte Leuthard. Sie nannte die Dossiers Altersvorsorge, Infrastruktur, Energiepolitik, Steuerreform sowie die Beziehungen zu Europa bzw. der EU. Bei allen Detailfragen müsse die Gesamtsicht bewahrt werden, was die Schweiz in der Vergangenheit so erfolgreich gemacht habe, meinte sie. Unser Wohlstand sei nicht gottgegeben. Deshalb hätten wir bei einer Annahme der Mindestlohninitiative «ein wirkliches Standortproblem», sagte Leuthard am Ende doch noch etwas konkreter.